

Hilfe – die Energiewende wird unbezahlbar

Von Axel Berg

Die professionell organisierte Meinungsmache hat erst mal funktioniert. Energieminister Gabriel übernimmt den Originalsprech der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (von den Metallarbeitgebern finanziert, mit Kuratoriumsvorsitzendem Wolfgang Clement): „Diese Maßnahmen (gegen explodierende Strompreise) sind notwendig, um die Energiewende zu retten.“ Was lernen wir daraus? Das Geheimnis der Meinungsmache liegt in ihrer Wiederholung. Es ist leichter, eine Lüge zu glauben, die man hundertmal gehört hat, als Wahrheiten, die unbequem sind.

Verpflichtende Direktvermarktung ab 2016, Ausschreibungen ab 2017, Deckelungen sowie zu geringe Vergütungen im Vergleich zu den hohen ökologischen Anforderungen reduzieren die Investitionssicherheit für die Wasserkraftbranche. Das Potenzial der Wasserkraft für Versorgungssicherheit, Systemstabilität und Klimaschutz bleibt ungenutzt. Die Überbürokratisierung wirft vor allem kleinen Investoren Prügel zwischen die Beine. Die Zeitspannen zwischen den EEG-Novellen verkürzen sich. Die Paragraphenfülle nicht. Hatte das erste EEG 2000 noch unter 10 Paragraphen, verständlich für jedes Kind, so hat das EEG 2014 bereits 104 Paragraphen mit vier Anlagen und der Ermächtigung ans Energieministerium, rund 30 weitergehende Rechtsverordnungen ohne Mitwirkung des Parlaments zu erlassen. Den inzwischen vier nationalen Energierechtszeitschriften und den vielen Energierechtsanwaltskanzleien steht eine blühende Zukunft bevor.

Die hohen ökologischen Anforderungen gefährden den wirtschaftlichen Betrieb der Bestandsanlagen. Ein geldwerter Ausgleich für die ökologischen Leistungen der Wasserkraft innerhalb des EEG war nicht vorgesehen.

Die Degression wurde doch nicht mit 1 %, sondern nur mit 0,5 %/a angesetzt. Grundsätzlich sind Degressionen ja was Gutes. Gewöhnt sich der Subventionsempfänger an hohe Subventionen, kommt der Subventionsgeber kaum noch davon runter. Wir kennen das aus der Landwirtschaft, der Steinkohle oder wenn man seinen Kindern ein zu hohes Taschengeld bezahlt. Bei den Erneuerbaren waren scharfe Degressionen der Schlüssel für gewaltigen Fortschritt in der Technik und der Massenproduktion. In der Wasserkraft hingegen ist die Technik und damit auch der energetische Wirkungsgrad um ein Vielfaches ausgereifter als in den anderen Segmenten. Die Frage von Massenproduktionen stellt sich nicht, weil ohnehin kaum ein Neubau genehmigt wird. Dann wird das Medikament Degression zum Gift, das den Neubau von Wasserkraftanlagen nicht verbilligen oder verbessern hilft, sondern Neubauten schnell unwirtschaftlich werden lässt und damit verhindert.

Der geplante Art. 12, der ins Wasserhaushaltsgesetz eingefügt werden sollte und den Neubau von WKW an neuen Querbauwerken verboten hätte, kam doch nicht. Stattdessen bleiben neue WKW an neuen Querbauwerken zulässig, bekommen aber keine EEG-Vergütung. Ohne Vergütung wird aber kaum neu gebaut werden. Also ein faktisches Neubauverbot.

Gewerbliche Selbst- und Direktversorgungskonzepte werden zukünftig schwerer zu realisieren sein.

Der Eigenverbrauch wird bei Anlagen, die nach dem 1.8.2014 ans Netz gehen, kaskadisch mit bis zu 40 % der EEG-Umlage belastet. Wie und an wen ist noch unklar. Die entsprechende Verordnung wird gerade im BMWi ausgearbeitet.

Die Eigenstromregelung ist besonders widersinnig, weil die Eigenverbraucher gar keinen EEG-vergüteten Strom verbrauchen, sondern sogar das Netz entlasten. Dezentrale Erneuerbare Energien wurden doch auch deshalb gefördert, damit die Verbraucher unabhängiger von den Konzern-Großstrukturen werden. Mit der gleichen Argumentation könnte man den Fahrrad-Dynamo oder den neuen stromsparenden Kühlschrank mit staatlichen Kosten belasten. Oder gleich das Fahrradfahren überhaupt. Weil jeder Kilometer mit dem Fahrrad ja ein wenig unsolidarisch den Mitbürgern gegenüber ist, die ja aus Steuermitteln Autobahnen und U-Bahnen bauten. Diese Perverterung des Solidaritätsgedanken ist kaum zu ertragen. Ich bin mal Sozialdemokrat geworden, weil ich es gut fand, wenn man mit den Armen und Schwachen solidarisch ist. Das fand ich noch besser als die Barmherzigkeit der christlichen Parteien. Aber dass jetzt von allen, also auch den Schwachen der Gesellschaft, die ohnehin die relativ höchsten Ausgaben für Energie haben, auch noch verlangt wird, aus Solidarität zu den Konzernen ein wenig mehr für Strom zu bezahlen - Zyniker sprechen bereits von Hartz IV für die Konzerne -, ist

ein Armutszeugnis für unsere Regierung, die sich christlich und sozial nennt. Die ökologische und die soziale Frage sind doch unmittelbar miteinander verknüpft.

Der Eigenverbrauch von fossilem oder atomarem Strom (es braucht bilanziell den Strom von eineinhalb AKW, um die 15 anderen zu betreiben) wird natürlich nicht belastet, um die Gewinne der fossilen Konzerne zu schonen. Über 5 Milliarden Euro werden von den größten Stromverbrauchern auf die Gemeinschaft der Verbraucher umgelegt. Jährlich. Als nächstes sind Kapazitätsmärkte geplant, also Geld der Verbraucher zur Bereitstellung (nicht zur Erzeugung und Lieferung) von Kohlestromkapazitäten. So werden in der sozialen Marktwirtschaft Fehlinvestitionen von Konzernen und großen Stadtwerken in Kohlekraftwerke, die keiner braucht, sozialisiert. Die Energiewende wird dadurch eingebremst, obwohl wir Deutsche noch in fast allen EE-Technologien die Nase vorn haben, einem der prosperierendsten Märkte der Zukunft, weil die ganze Welt die Erneuerbaren braucht.

Bei der Direktvermarktung, die stufenweise ab 2014 für Neuanlagen ab 500 kW verpflichtend wird (ab 2016 ab 1000 kW), muss der Strom vom Betreiber selbst oder über einen Direktvermarkter verkauft werden. Die feste Einspeisevergütung wird dabei durch den Verlaufsenergieerlös des Stroms und eine Marktprämie ersetzt. Deren Höhe wiederum hängt von den neuen EEG-Fördersätzen ab, von denen der monatliche Börsenstrompreis abgezogen wird. Weil sich auch die Fördersätze nahezu monatlich ändern können, gerät der Erlös aus dem direkt vermarkteten Strom künftig zu einer recht unstillen Größe. Investitionen sind so schwerer zu kalkulieren. Das Grünstromprivileg ist seit 1. August abgeschafft. Das BMWi hat den Auftrag, eine Verordnung zu schreiben, die lokale Vermarktungsmodelle auch in Zukunft ermöglichen soll.

Das Sinken der EEG-Umlage ist nicht überraschend und hat rein gar nichts mit der EEG-Deform zu tun. Denn in der Vergangenheit hat nicht die Zunahme der erneuerbaren Energien zur Steigerung der Umlage beigetragen, sondern der deutlich gesunkene Börsenpreis und die vielen Industrieausnahmen. Die hat man aber nicht groß verändert, der Systemfehler des elenden Wälzungsmechanismus bleibt und der Spotmarkt für Stromeinkäufe liegt bei lächerlichen drei Eurocent pro kW/h. Die Gespensterdebatte um angeblich zu hohe Kosten Erneuerbarer Energien wird eine niedrigere Umlage allerdings kaum stoppen. Denn weder die so genannte Sonnensteuer, also die Eigenverbrauchsabgabe auf selbst produzierten Strom noch die marginalen Änderungen bei den Industrierabatten werden die Umlage nennenswert weiter senken. Sie hilft vor allem, unnütze politische Entscheidungen zu rechtfertigen. Die ganze Kostendiskussion hat vor allem eines erreicht: Eine massive Verunsicherung der Investoren. Nach der Solarindustrie geht's jetzt der Biomasse an den Kragen. Die Wasserkraft kommt noch mal mit einem blauen Auge davon.

Ausschreibungen sollen jetzt erst mal in einem Pilotversuch für PV-Freiflächenanlagen getestet werden. Ein planwirtschaftliches Manöver zugunsten der großen Player und zulasten von kleinen und mittleren Unternehmen, Genossenschaften, Bürgerinitiativen und einer kostengünstigen Energiewende. Etliche Staaten haben damit Schiffbruch erlitten und Ausschreibungsmodelle wieder abgeschafft.

Überlegungen für ein Gesetz, das Abbaukorridore für Kohle, Gas und Öl technologiespezifisch definiert, sind nicht in Sicht. Stattdessen haben wir in Deutschland die höchste Braunkohleverstromung seit 1990, als die alten DDR-Meiler noch liefen.

Langfristig schadet die Regierung mit ihrer parlamentarischen 80%-Mehrheit unserem Land, weil sie sich gegen den Trend und einen klar sichtbaren Strukturwandel stellt. Deutschland hat sich in den vergangenen 15 Jahren den Advantage oft the First Mover erarbeitet, so nennt man in der Wirtschaftswissenschaft den Vorsprung desjenigen, der sich als erstes in eine Richtung bewegt, die früher oder später alle einschlagen müssen. Und Richtung Erneuerbare müssen alle Länder auch unabhängig vom Klimawandel, weil die fossilen Reserven endlich sind.

Vielleicht werden wir schon in 10 Jahren herzlich lachen über das EEG 2014 damals. Vielleicht gibt es in 20 Jahren überhaupt keine großen Energieversorger mehr. Produktivitätsfortschritte in der Kommunikations- und Umwelttechnologie werden Energie und Information auf lange Sicht weiter radikal verändern. Bereits heute produziert ein Drittel der Menschheit seine Informationen selbst und schickt sie um die Welt. Der Energiemarkt könnte zwischen 2030 und 2040 in ähnlicher Weise funktionieren. Jedenfalls wenn man Jeremy Rifkin glaubt, der in seinem neuen Buch „Die Null-Grenzkosten-Gesellschaft“ die entschlossene Nutzung der dezentralen regenerativen Energien propagiert. Rifkin prophezeite im Jahr 2001 den Beginn einer Ära des Teilens, der Dienstleistungen und des besitzbefreiten Zugangs. Wie einige Schlüsselmärkte (Apps, Telekommunikation, Car-

Sharing, Crowd-Sourcing, Ende des Statussymbols Auto) zeigen, kann der Mann Zeitgeistströmungen ganz gut erkennen. Sekundiert werden seine Argumente unter anderem von Wirtschaftsnobelpreisträger Paul Krugman.

Wir befinden uns in einer rasanten Transformation in eine neue Weltwirtschaftsordnung und in eine neue Wertschöpfungskultur. Auch die vielen Energiekriege im Irak oder Sudan, in Syrien, Afghanistan, Gaza oder der Ukraine sind furchtbare Zeugnisse davon. Die Digitalisierung hat vor knapp zehn Jahren begonnen, unsere gesamte Wirtschaft umzukrempeln. Der Energiesektor gehört eher zu den verspäteten Industriemärkten, die von der Digitalisierung erfasst und grundlegend verwandelt werden. Rifkin glaubt an so etwas wie ein „Internet der Energie“. Ich denke, mit einem europaweiten Netzverbund und den erfolgreichen Erfahrungen mit virtuellen Kraftwerken sind wir da schon ganz gut vorbereitet.

Rifkin geht davon aus, dass wir deutlich früher als 2040 weltweit 80 Prozent unserer Energie auf erneuerbarer Basis gewinnen. Der Preis von Photovoltaik wird regelmäßig um 20 Prozent sinken, während sich die Leistung der Solarenergie dabei verdoppelt. In den vergangenen zwei Jahren hat sich in den USA der Preis für PV-Strom halbiert. In den kommenden Jahren wird er sich ein weiteres Mal halbieren.

Das sind Szenarien, die bei manchen Ängste wecken, weil sie die Fundamente unseres ökonomischen Systems ins Wanken bringen. Märkte funktionieren in der digitalen Nachhaltigkeitsgesellschaft nicht mehr so wie im Industriekapitalismus der 50er-Jahre, als die Schornsteine rauchten.

Langfristig können wir uns nicht mehr an alte Wahrheiten aus der Ära der montanindustriellen Welt klammern. Geschäftsmodelle werden heute mitunter über Nacht funktionslos. Die großen Energieversorger, über Jahrzehnte gefeiertes und gepöppeltes Rückgrat der deutschen Industriegeschichte, kämpfen um ihr Leben. In Deutschland versucht E.on, die Energiewende zu bremsen, wo es nur geht. Im Ausland hingegen investieren sie selbst in Erneuerbare, weil es Geld bringt oder versuchen z.B. in osteuropäischen Ländern, ihr altes Geschäft weiter zu betreiben, das sich die Deutschen nicht mehr bieten lassen. Vattenfall sucht Käufer und würde Deutschland gern den Rücken kehren. Der Imageverlust ist den Schweden einfach zu hoch: Vattenfall heißt Wasserfall und wird nur noch mit Braunkohle assoziiert. Die EnBW mit atomfreundlicher Vergangenheit versucht unter der neuen grün-roten Führung den Paradigmenwechsel. Ein Experiment mit bisher mäßiger Überzeugungskraft (wenn ich an den jüngsten Versuch denke, einem unserer Mitglieder die ihm zustehende Vergütung zu verweigern, was erst durch gerichtliches Betreiben durch Manfred Lüttke gestoppt werden konnte) und offenem Ausgang. Am verbissensten hält RWE an ihrem überkommenen fossilen Geschäftsmodell fest. Im Vergleich zum bereits schlechten Vorjahr sank das betriebliche Ergebnis um weitere 40 Prozent. Das erklärt auch zum Teil die konzerndevote Haltung der Politik. Gehört doch ein Viertel der RWE-Aktien NRW-Gemeinden wie Essen, Duisburg, Düsseldorf oder Leverkusen, die eigentlich von den erwarteten Gewinnen ihren ÖPNV, ihre Schwimmbäder oder Museen renovieren wollten.

Auch die Betreiber von kleinen Wasserkraftwerken müssen am Ball bleiben und neue Geschäftsmodelle im Auge haben. Autarkie zum Beispiel. Also nicht nur eigene EE-Produktion mit Anschluss ans Netz, über das Überschüsse verkauft und Bedarfe gedeckt werden. Das ist Autonomie, die zur besseren Regelbarkeit des Netzes auch Sinn gibt. Wenn der Gesetzgeber aber die volkswirtschaftlich sinnvolle Autonomie bestraft, sollte man über Modelle nachdenken, die komplett autark vom öffentlichen Netz funktionieren. Die Computerei wird's möglich machen. Hinter der Digitalisierung der erneuerbaren Energieträger ist kein luftiges Wolkenkuckucksheim versteckt, sondern hier liegen komplett neue Wertschöpfungsideen verborgen.

Wer früh beginnt wird von der Geschichte belohnt werden. Der Export von Braunkohlekraftwerken jedenfalls wird Deutschlands Wirtschaft in 20 Jahren nicht prägen.